

# Riesfaer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift  
Tageblatt Riesfa.  
Herrnstr. 22.  
Postfach Nr. 52.

Das Riesfaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesfa, des Rates der Stadt Riesfa, des Finanzamts Riesfa und des Hauptzolamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfachkonto:  
Dresden 1530.  
Girokonto:  
Riesfa Nr. 52.

Nr. 184.

Sonnabend, 9. August 1930, abends.

83. Jahrg.

Das Riesfaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 4 mm hohe Grundchriftzeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 29 mm breite Reflammezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bezahlter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konturs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesfa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage "Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Renger & Winterlich, Riesfa. Geschäftsstelle: Gortzstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Ullmann, Riesfa; für Anzeigen: Wilhelm Dittrich, Riesfa.

## Eine programmatische Rede des Reichskanzlers Dr. Brüning.

Bln, 9. August.

Reichskanzler Dr. Brüning hielt gestern in einer Versammlung des Provinzialausschusses der rheinischen Zentrumspartei eine programmatische Rede, in der er nach einem Rückblick auf die Befreiung des Rheinlandes und Gebetens an Dr. Stresemann u. a. ausführte: Inmitten aller wirtschaftlichen und sozialen Schwierigkeiten, in denen Deutschland, in denen die Welt schwebt, ist es sicherlich von Bedeutung, daß in diesem Augenblick von dem französischen Staatsmann gedacht worden ist an die Einrichtung einer Ordnung für Europa. Aus unserer Antwort ist eines klar zu ersehen, daß die Ordnung der wirtschaftlichen Dinge sich nicht allein erreichen und erzielen läßt durch wirtschaftliche Vereinbarungen, sondern wenn man zu einer dauernden Stabilisierung der europäischen wirtschaftlichen Verhältnisse kommen will, dann ist eine politische Stabilisierung unbedingt oder zumindestens gleichzeitig notwendig.

Die Wirtschaft der ganzen Welt muß sich darauf einstellen, daß die Preisentwicklung langsam die Tendenz hat, auf das Vorkriegsniveau zurückzugehen. Diese Krise bringt nicht nur schwere wirtschaftliche, sondern soziale Ummwälzungen, sondern auch die stärksten politischen Gefahren mit sich. Die deutsche Wirtschaftskrise ist nur ein Ausschnitt aus dem großen wirtschaftlichen Rahmen, der sich über die ganze Welt erstreckt. Das Schwierige, in dem wir stehen, ist, daß wir alles, was wir an Reformen auf dem Gebiet der Finanzen oder öffentlichen Körperschaften, auf dem Gebiet der Reformen der Wirtschaft und der Verwaltung in den vergangenen Jahren aufgeschoben haben, in dem Augenblick des größten Tiefstandes der Weltwirtschaft mit einem Male nachholen müssen.

Ich bin der Ueberzeugung, daß es gelingen wird und muß, das, was der Herr Reichspräsident auf Vorschlag der Reichsregierung durch die Notverordnung verkündet hat, durchzuführen. Alles dies ist ja nur eine Vorstufe für die Arbeiten, die jetzt begonnen sind, und die der Reichstag im Herbst verabschieden muß. Ich bin überzeugt, daß es gelingen wird, eine Mehrheit dafür im nächsten Reichstag zu gewinnen. Denn ich kann mir nicht gut vorstellen, daß ernstliche Parteien es wagen werden, beispielsweise die Reform der Gemeindefinanzen, die Schaffung neuer Einnahmen für die Gemeinden, durch die die Gemeinden allein in die Lage versetzt werden, die Wohlfahrtsunterstützungen in den nächsten Monaten auszuführen, nachträglich wieder aufzuheben.

Ich bin der Ueberzeugung, daß der Instinkt des Volkes sich freimachen wird von aller parteipolitischen Agitation, daß er sich durchsetzen wird, und daß er dafür sorgen wird, daß ein wirklich arbeitsfähiger Reichstag am 14. September gewählt wird. Vor jeden Wähler müßte am Tage der Wahl

ein Plakat gehalten werden, das etwa folgende Fragen enthielte: „Wilst Du sparen oder willst Du nicht sparen? Wenn Du sparen willst, dann wähle eine Partei, die Dir dafür Garantie gibt, weil nur so Deutschland gerettet werden kann! Wilst Du nicht sparen, dann verzichtest Du auf Deutschlands Rettung!“ Nur wenn in jeder Gemeinde jeder Staatsbürger merkt, ob eine Sparmaßnahme getrieben wird oder nicht, kommen wir zu der eifernen Sparsamkeit, die für die Sanierung unserer Gemeindefinanzen unbedingt notwendig ist. Das Sparprogramm ist nicht durchzuführen, wenn nicht Reformarbeiten geschaffen werden auf dem Gebiete der Verwaltung, und auch Mißstände in der parlamentarischen Erledigung des Etats und der Ausgabenanträge beseitigt werden. Man darf nicht davor zurückschrecken, zum mindesten in dem Sinne, daß die Doppelarbeit und der Leerlauf der Verwaltung bei Reich und Ländern beseitigt werden. Das andere ist die Frage der Parlamentsreform. Das Parlament hat es überhaupt in der Hand, ob es für eine Regierung notwendig ist, dem Herrn Reichspräsidenten die Anwendung des Artikels 48 vorzuschlagen. Ruhe in der Beurteilung der jeweiligen Situation, Ruhe in der Fraktion, sichere Fraktionsführung, stärkere Zusammenfassung, größere Parteien, starkes Verantwortlichkeitsgefühl, rechtzeitig auch das Unpopuläre zu tun — dann ist die Anwendung des Artikels 48 für alle Zeiten überflüssig. Aber solange das nicht der Fall ist, wird es, wie ich meine feste Ueberzeugung, das deutsche Volk lieber sehen, daß zu seiner Rettung in entscheidender Stunde der Herr Reichspräsident von seinen verfassungsmäßigen Vollmachten Gebrauch macht, als daß es sich ausliefern einem monatelangem Verhandeln von Parteien, die schließlich an Quisquilien scheitern und damit die Zukunft selbst zur Katastrophe führen. Dafür glaube ich, ist das Instinkt des Volkes reif, daß endlich eine Sanierung durchgeführt werden muß, und daß diese Sanierung deswegen durchgeführt werden mußte, damit die Zeit und die Arbeitsruhe geschaffen wird, um überall in den öffentlichen Körperschaften nach der finanziellen und nach der verfassungsmäßigen Seite Ordnung zu schaffen. Es geht darum, nicht gegen das Parlament zu arbeiten, sondern für das Parlament. Und wenn wir den Kampf aufgenommen haben, und wenn der Reichstag aufgelöst ist, wenn der Artikel 48 angewendet wurde, dann läge ich hier ganz klar und deutlich: Das ist kein Kampf gegen das Parlament, sondern das ist ein Kampf um die Rettung des Parlaments! Eine Regierung, die nicht den Mut hat, dem Volke ganz klar die Alternative aufzuzwingen und diese Mängel des Parlamentarismus aufzuzeigen und das Volk zur Entscheidung aufzurufen, eine solche Regierung würde ein Volk dann langsam vorbereiten für Experimente, die ich gar nicht näher bezeichnen will, die hier und da schon seit dem vergangenen Jahre in manchen Köpfen spuken.

## Schwerste Benachteiligung Sachsens bei der Vergabe von Reichsaufträgen.

München. In einer Kundgebung der Bayerischen Volkspartei machte der bisherige Reichsstaatssekretär Oberbaurat Rauch sehr bemerkenswerte Ausführungen über die schwere Benachteiligung Sachsens bei der Vergabe von Aufträgen der Reichsbehörden. Nach einem Bericht des „Bayerischen Kuriers“ sagte Oberbaurat Rauch u. a. folgendes: „Ich habe in meiner Reichstagsrede dem preussischen Ministerpräsidenten eine ganz ungeheuerliche Benachteiligung Sachsens bei der Verteilung der öffentlichen Aufträge der Reichsbehörden nachgewiesen, eine Bevorzugung, die in die Milliardenreihen geht, und zwar zum Nachteil aller anderen deutschen Länder. Ich habe aufgrund einer amtlichen Statistik der Reichsbehörden nachgewiesen, daß von den gesamten Aufträgen der Reichsbehörden das Land Preußen das nur 58 v. H. der in Industrie und Handwerk tätigen Personen Deutschlands beschäftigt, nicht weniger als 77 v. H. erhält, von den Aufträgen der Reichsbahn sogar 81 v. H. Alle anderen deutschen Länder, sogar das industriereiche Sachsen, liegen unter dem Reichsdurchschnitt. Während Berlin auf hundert in Industrie und Handwerk beschäftigte Personen an Reichsaufträgen 72,30 Mark erhält, die Provinz Brandenburg sogar 77,15 Mark, trafen auf Bayern nur 22,11 Mark, auf Sachsen gar nur 14,12 Mark. Wäre Berlin ebenso schlecht bedacht worden, wie das industrielle Sachsen, so würde Berlin halt der 81 Millionen, die es im ersten Halbjahr 1929 an Reichsaufträgen erhielt, nur 23 Millionen erhalten haben.“

Diese Zahlenangaben, deren Richtigkeit im Augenblick nicht möglich ist, werfen ein großes Licht auf einen Mißstand, der im sächsischen Landtage schon mehrfach Gegenstand von Anfragen und Anträgen gewesen ist. Ausgerechnet Sachsen, dessen Erwerbslosigkeit den Reichsdurchschnitt erheblich übersteigt, bekommt am wenigsten Reichsaufträge! Man darf erwarten, daß die sächsische Regierung nunmehr erneut und immer wieder in Berlin ernstlich vorach, um der unglücklichen Benachteiligung der sächsischen Wirtschaft ein Ende zu machen.

## General Reinhardt gestorben.

Berlin. General Walter Reinhardt, der letzte preussische Kriegsminister und erste Chef der Oberleitung des neuen Heeres, ist am Freitag nachmittags nach schwerem Leiden gestorben.

General Reinhardt wurde am 24. März 1872 in Stuttgart als Sohn des späteren Generalkommandeurs a. D. Reinhardt geboren. Er wurde im preussischen Kadettenkorps erzogen und trat im Februar 1891 als Leutnant in das württembergische Grenadierregiment Nr. 119 ein. Bei Kriegsausbruch rückte er, seit 1910 Major, als Generalstabsoffizier mit dem Generalkommando des 13. Armeekorps ins Feld. Im Januar 1915 wurde er Chef des Stabes. Im Juni 1916 übernahm er für einige Zeit die Führung des preussischen Infanterieregiments Nr. 118 vor Verdun, im Herbst 1916 wurde er Chef des Stabes der 2. Infanteriebrigade 7. Armee. Im August 1918 wurde er zum Oberst befördert und am 3. November kam er als Departementsdirektor ins preussische Kriegsministerium, wo er die Demobilisierung leitete. Am 3. Januar 1919 übernahm Reinhardt nach dem Rücktritt des General Schuch die Leitung des Kriegsministeriums. Nach der Auflösung dieses Ministeriums im Herbst 1919 wurde er als Generalmajor der erste Chef der Oberleitung des neuen Heeres. Als mit der Bildung der endgültigen Reichswehr die Legen. Brigaden übernahm, deren Organisator und Führer er bis zum August 1920 war, aufgelöst wurde, trat Reinhardt an die Spitze der 5. Division und wurde gleichzeitig zum württembergischen Landeskommandanten ernannt. Zum 1. Januar 1925 erfolgte seine Ernennung zum Oberbefehlshaber der Gruppe 2 (Raffell). Am 31. Oktober 1927 trat Reinhardt in den Ruhestand. General Reinhardt war seit 1900 mit Luise Fördringer, der Tochter des Geh. Medizinalrats Prof. Fördringer-Berlin verheiratet. Im Februar 1920 verlor er seine Gattin. Aus der Ehe gingen drei Töchter hervor.

## Die Dürre in den Vereinigten Staaten.

Washington. Präsident Hoover hat die Gouverneure der von der gegenwärtigen Dürre am schwersten betroffenen Staaten für den nächsten Donnerstag zu einer Konferenz eingeladen, um die Ausführung eines Notprogramms zu besprechen. Auch das Rote Kreuz wurde aufgefordert, sich für die Vinderung von Notständen bereitzustellen. Die bereits sieben Wochen andauernde Trockenheit, die vermutlich auch noch während der nächsten 14 Tage anhalten wird, hat, wie Präsident Hoover vor Pressevertretern ausführte, eine sehr ernste Lage geschaffen. Ungefähr eine Million Farmerfamilien mit 2 1/2 Millionen Wäldern und Rindvieh, 6 Millionen Stück Rindvieh, 12 Millionen Schweinen und Schafen sind in Mitleidenschaft gezogen.

## Das Wohnungsbauprogramm der Reichsregierung.

Für 300 Millionen RM. Wohnungen.

Berlin, 9. August.

In einer Unterredung mit einem Vertreter der „Postlichen Zeitung“ führte der vom Reichsarbeitsminister zur Ueberwachung des Wohnungsbauprogramms des Reiches nach Berlin berufene Ministerialrat Schmoll aus:

Das Programm soll die Wohnungsnot und die Arbeitslosigkeit bekämpfen. Dieses Ziel ist nur zu erreichen, wenn die Bauten so billig hergestellt werden, daß die Mieten auch für Arbeiter und Angestellte erschwinglich werden, und wenn das Programm ein zutreffendes ist, durch das neue Arbeitskräfte Beschäftigung finden. Es wird dafür gesorgt werden, daß nicht etwa Gemeinden und Bauherren durch Zuerweisung von Mitteln aus dem 100-Millionen-Fonds gewissermaßen „Ersparnisse“ machen.

Die Wohnungen von 32 bis 45 Quadratmeter, die höchstens 40 RM Miete kosten sollen, sind in erster Linie für kinderlose Ehepaare, die von 60 Quadratmeter, die bis zu 50 RM Miete kosten sollen, sind für Ehepaare mit Kindern bestimmt. Alle gesundheitlichen Momente sollen beachtet werden unter Verzicht auf Komfort wie Warmwasser, Bad und Zentralheizung, doch soll möglichst überall eine Dusche eingerichtet werden. Von dem engeren Wettbewerb, zu dem die Reichsforschungsgesellschaft für Wirtschaftlichkeit im Bau- und Wohnungswesen zwanzig namhafte Architekten aufgerufen, und dessen Ergebnis in etwa 14 Tagen bekanntgegeben wird, erwartet man eine gewisse Vereinfachung der Grundlinien für die Durchführung der Bauten.

Von den verfügbaren 100 Millionen RM wurden zunächst 85 Millionen an die Länder verteilt, davon an Rhein-

land 33 Millionen RM. Die vorläufig verbleibenden 15 Millionen RM sollen dort eingesetzt werden, wo besonders gute Projekte vorliegen oder besondere Notlage herrscht. Die Mittel, die für das Wohnungsbauprogramm zur Verfügung stehen, gehen über 100 Millionen weit hinaus. Zunächst geben die Landesversicherungsanstalten weitere 150 Millionen in Form von ersten Hypotheken und Zusagehypotheken zu 4 1/2 bis 5 1/2 Prozent. Weitere Gelder wird die Bau- und Bodenbank zu niedrigem Zinssatz beschaffen, so daß zunächst mindestens 300 Millionen RM zur Verfügung stehen.

Den Gemeinden wird empfohlen werden, die Aufstellungsarbeiten für Wasser Kanalisation, Straßenbau usw. möglichst niedrig zu berechnen. Die Straßen sollen in den reinen Wohnvierteln schmaler gehalten und das Straßenpflaster möglichst einfach hergestellt werden. Die sehr erheblichen Widerstände seitens zahlreicher privater und öffentlicher Bauherren müssen überwunden werden. Durch das gute Beispiel erhofft man eine allgemeine Verbilligung der Herstellung auch der Wohnungen, die mit Hauszinssteuermitteln und aus Stadtanleihen errichtet werden.

## Explosion in einer Kunstseidefabrik.

Berlin. In dem Dekkliererraum der Kunstseidefabrik „Aceta“ in Döhlenberg explodierte heute vormittag bei Schweißarbeiten eine Dekklierblase. Fünf Arbeiter wurden schwer verletzt nach Krankenhaus gebracht; drei erlitten leichtere Verletzungen. Von dem schwerverletzten ist der Arbeiter Terz in Krankenhaus verbleiben.